

BDE e. V.
WPSEU 131/2019

Berlin, 10. Mai 2019

Stellungnahme der SPD zu den 7 Forderungen des BDE e. V.

- 1. Ein Verbot der Deponierung von unbehandelten Siedlungsabfällen in ganz Europa. Nur so wird überall die Basis für den Aufbau einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft gelegt.**

Antwort:

Die SPD setzt sich für ein Deponieverbot von unbehandelten Siedlungsabfällen ein. In den europäischen Ländern, in denen noch Deponien betrieben werden, muss diese Praxis nach und nach beendet werden. Das ist insbesondere angesichts der Zunahme der Siedlungsabfälle wichtig.

- 2. Die EU muss beim Vollzug ernst machen – Sie muss sich verstärkt für eine pünktliche Umsetzung der Ziele des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets einsetzen.**

Antwort:

Die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftspakets ist eine Aufgabe der Mitgliedstaaten. Wenn die Umsetzung jedoch nicht den Vorgaben entspricht, sollte die Europäische Kommission Verfahren einleiten, um die Mitgliedstaaten zu einer Umsetzung zu verpflichten. Des Weiteren sollte die EU mit unterstützenden Maßnahmen Anreize für eine schnelle Umsetzung geben.

- 3. Die EU muss den Binnenmarkt für Abfälle voranbringen. Durch eine funktionierende, grenzüberschreitende Abfallverbringung in der EU kann die Abfallbehandlung dort erfolgen, wo sie ökologisch und ökonomisch den größten Mehrwert erbringt.**

Antwort:

Die SPD setzt sich für eine möglichst ökologische und ökonomisch sinnvolle Abfallbehandlung ein. Möglicherweise kann eine grenzüberschreitende Abfallverbringung in einzelnen Fällen sinnvoll. Unbedingt vermieden werden sollten aber ökologisch nicht sinnvolle Transporte über lange Strecken.

4. **Die europäischen Finanzmittel müssen konsequent für den Aufbau von Kreislaufwirtschaften genutzt werden, für Beseitigungsanlagen darf es keine Kofinanzierung aus Brüssel mehr geben.**

Antwort:

Die SPD setzt sich für ambitionierte Ziele in der Kreislaufwirtschaft ein, deswegen haben wir für die Förderperiode ab 2021 erreicht, dass Investitionen im Umweltbereich, z. B. im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Entwicklung und erneuerbarer Energie, die Vorteile für die Umwelt aufweisen, gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Beseitigungsanlagen nicht mehr mit Europäischen Fördermitteln gefördert werden können. EU-Mittel sollen nur für zukunftsfähige Investitionen eingesetzt werden.

5. **Die Produktverantwortung muss weiter gestärkt und gefordert werden. So erreichen wir die Mitwirkung der Wirtschaft für eine an der Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Produktionsweise.**

Antwort:

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen muss auch präventiv durch eine moderne Produktpolitik erfolgen. Produkte müssen besser, langlebiger, einfacher reparierbar und wiederverwendbar werden. Am Ende des Zyklus, in dem die Produkte benutzt wurden, muss darauf geachtet werden, dass wertvolle Materialien nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet werden. Dazu braucht es eine stärkere Gesetzgebung mit klaren Vorgaben.

6. **Kommunen können in der EU immer noch zu viele ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für sich beanspruchen. Fairer Wettbewerb braucht Hilfe aus Europa.**

Antwort:

Europa steht grundsätzlich für einen fairen Wettbewerb in allen Bereichen. Ansonsten ist die Frage nicht verständlich und damit, außer eine generelle Antwort zu geben, nicht zu beantworten.

7. **Der Kreislauf für Rohstoffe muss wirklich geschlossen werden: Die EU muss sich weiter dafür einsetzen, dass die Nachfrage für Recyclingrohstoffe gefördert wird und ein echter Markt für Rezyklate entsteht.**

Antwort:

Die SPD setzt sich für ambitionierte Ziele für eine höhere Ressourceneffizienz ein. Der Übergang zu einer ressourcenschonenden und energieeffizienten Wirtschaft wird nur erfolgen, wenn verpflichtende Ziele und finanzielle Anreize gesetzt werden, zum Beispiel bei der Recyclingrate oder durch ein Verbot der Entsorgung von recycelbaren und biologisch abbaubaren Abfällen auf Deponien. Die SPD fordert zudem, dass bis 2030 alle Kunststoffverpackungen wiederverwendbar oder recycelbar sein müssen.

Die SPD unterstützt Abgaben, die die Umweltauswirkung abbilden, zum Beispiel über den CO₂-Ausstoß oder den Ressourceneinsatz. Diese müssen aber fair gestaltet sein und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, das heißt nicht nur ein einzelnes Umweltziel und nicht nur die Produktion betrachten, sondern den gesamten Lebenszyklus.